

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 25/2021

24. Juni 2021

Inhaltsverzeichnis

Sächsische Staatsregierung

Bekanntmachung des Beauftragten der Sächsischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen zur Barrierefreiheit von mobilen Anwendungen (Apps) der öffentlichen Stellen ab dem 23. Juni 2021 vom 7. Juni 2021 779

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Verwaltungsvorschrift über die Regelung dienstrechtlicher Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Staatsministeriums des Innern vom 8. Juni 2021 780

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Änderung der RLBau Sachsen – Ausgabe 2018 Az.: 54-B 1003/1/3/103-2021/29638 vom 9. Juni 2021 781

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus

Förderrichtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Förderung von Tierparks und zoologischen Gärten in der Corona-Krise (FRL Zoo) vom 4. Juni 2021 784

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Förderung von freien Musikschulen und von freiberuflichen Anbietern von außerschulischem Musik- und Tanzunterricht zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie (FRL MuTaCo) vom 4. Juni 2021 786

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Änderung der Verwaltungsvorschrift über die Regelung dienstrechtlicher Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus vom 9. Juni 2021 789

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt Aufruf zur Antragseinreichung zur Förderung einer Maßnahme „De-Radikalisierungs- und Distanzierungsberatung im Phänomenbereich Rechtsextremismus“ im Handlungsbereich Land im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ vom 7. Juni 2021 790

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft über die dienstliche Beurteilung der Beamtinnen und Beamten im Geschäftsbereich des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft (Verwaltungsvorschrift des SMEKUL zur Sächsischen Beurteilungsverordnung – SächsBeurtVO-VwV-SMEKUL) vom 21. Mai 2021 793

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen Allgemeinverfügung Vollzug des Arzneimittelgesetzes und der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung Herstellen und Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „COVID-19 Vaccine Janssen“ durch Apotheken Az.: 26-5151/6/20 vom 4. Juni 2021 795

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen Allgemeinverfügung Vollzug des Arzneimittelgesetzes und der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung Herstellen und Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „COVID-19 Vaccine Janssen“ durch Inhaber einer Erlaubnis nach § 52a des Arzneimittelgesetzes Az.: 26-5151/6/20 vom 4. Juni 2021 797

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen
zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
Genehmigungsverfahren zur wesentlichen Änderung
einer Anlage zur Oberflächenbehandlung mit
organischen Lösungsmitteln („Nasschemie“)
der Infineon Technologies Dresden GmbH & Co.
KG am Standort Dresden – Auslegung des Antrags
und der Unterlagen – Gz.: DD44-8431/2249 vom
10. Juni 2021 799

Sächsische Staatsregierung

Bekanntmachung des Beauftragten der Sächsischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen zur Barrierefreiheit von mobilen Anwendungen (Apps) der öffentlichen Stellen ab dem 23. Juni 2021

Vom 7. Juni 2021

Stichtag 23. Juni 2021

Ab dem 23. Juni 2021 sind öffentliche Stellen in Bund, Ländern und Kommunen sowie von diesen finanzierten Einrichtungen nach der Richtlinie (EU) 2016/2102 verpflichtet, ihre mobilen Anwendungen beziehungsweise Apps barrierefrei zu gestalten und mit Erklärungen zur Barrierefreiheit zu versehen. Diese Verpflichtung gilt auch für die mobilen Anwendungen, die von öffentlichen Stellen gemäß § 1 Absatz 1 und 3 des Barrierefreie-Websites-Gesetzes beauftragt, beziehungsweise finanziert worden sind. Für Webseiten gilt diese Verpflichtung bereits seit dem 23. September 2020.

Erklärung zur Barrierefreiheit auch für mobile Anwendungen veröffentlichen

Mit Stichtag 23. Juni 2021 müssen alle öffentlichen Stellen Erklärungen darüber abgeben, inwiefern ihre mobilen Anwendungen beziehungsweise Apps barrierefrei sind. Die Erklärungen zur Barrierefreiheit nennen zudem konkrete Feedback- und Durchsetzungswege für Nutzer*innen, wenn digitale Barrieren auftreten.

Die Erklärung zur Barrierefreiheit der Webseite einer öffentlichen Stelle kann zusätzlich für die Apps verwendet werden. Hilfreich ist es in diesem Fall, wenn die Erklärung aus der App heraus verlinkt ist. Typischerweise beinhalten mobile Anwendungen sogenannte „App-Informationen“, worunter Impressum und Informationen zum Datenschutz veröffentlicht sind. Diese Stelle kann zur Veröffentlichung der Erklärung genutzt werden. Alternativ kann die Erklärung an der Stelle des Herunterladens der App veröffentlicht werden. Dies ist meist der zugehörige App-Store des Betriebssystems. Es kann auch eine Webseite sein, wenn die App-Installationsdatei dort zum Download angeboten wird.

Die Erklärung zur Barrierefreiheit ist mindestens jährlich zu aktualisieren. Das Datum der letzten Aktualisierung muss in der Erklärung enthalten sein. Die Überwachungsstelle hat eine Muster-Erklärung auf ihrer Webseite veröffentlicht.

Überwachung der mobilen Anwendungen auf Barrierefreiheit

Zur Kontrolle und Überwachung dieser EU-Richtlinie wurde im Bund und den 16 Bundesländern je eine Stelle eingerichtet. So ist gemäß § 4 Absatz 1 des Barrierefreie-Websites-Gesetzes das Deutsche Zentrum für barrierefreies Lesen (dzb lesen) als Überwachungsstelle beauftragt worden. Die Aufgabe der Überwachungsstelle ist es, die Einhaltung der EU-Richtlinie stichprobenartig zu überprüfen. Ab dem 23. Juni 2021 werden zusätzlich zu den Webseiten von öffentlichen Stellen auch ihre mobilen Anwendungen auf Barrierefreiheit überwacht. Zudem berät die Überwachungsstelle öffentliche Stellen in Sachen barrierefreie Gestaltung.

Durchsetzungsverfahren wird auf mobile Anwendungen ausgeweitet

Gemäß § 4 Absatz 2 des Barrierefreie-Websites-Gesetzes ist die für das Durchsetzungsverfahren zuständige Stelle beim Beauftragten der Sächsischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen angesiedelt worden. Die Durchsetzungsstelle hat die Aufgabe, Konflikte zwischen Nutzer*innen und öffentlichen Stellen im Freistaat Sachsen zu klären und gemeinsame, außergerichtliche Lösungen zu finden. Ab dem 23. Juni 2021 haben Nutzer*innen die Möglichkeit, Durchsetzungsverfahren zur Barrierefreiheit von mobilen Anwendungen der öffentlichen Stellen zu beantragen.

Dresden, den 7. Juni 2021

Der Beauftragte der Sächsischen Staatsregierung
für die Belange von Menschen mit Behinderungen
Stephan Pöhler

Sächsisches Staatsministerium des Innern
Verwaltungsvorschrift
des Sächsischen Staatsministeriums des Innern
zur Änderung der Verwaltungsvorschrift
über die Regelung dienstrechtlicher Zuständigkeiten
im Geschäftsbereich des Staatsministeriums des Innern
Vom 8. Juni 2021

I.

Ziffer I Nummer 3 der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Regelung dienstrechtlicher Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Staatsministeriums des Innern vom 12. März 2014 (Sächs-ABI. S. 525), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 27. November 2019 (SächsABI. SDr. S. S 339), wird wie folgt gefasst:

„3. für die Zuordnung zu den Stufen des Grundgehalts gemäß § 27 Absatz 1, 2, 4 und 5 sowie § 28 des Säch-

sischen Besoldungsgesetzes, einschließlich der Anrechnung oder Anerkennung berücksichtigungsfähiger Zeiten gemäß § 28 Absatz 1 und 2 des Sächsischen Besoldungsgesetzes,“.

II.

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am 1. Juli 2021 in Kraft.

Dresden, den 8. Juni 2021

Der Staatsminister des Innern
Prof. Dr. Roland Wöller

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Änderung der RLBau Sachsen – Ausgabe 2018

Az.: 54-B 1003/1/3/103-2021/29638

Vom 9. Juni 2021

I.

Die RLBau Sachsen – Ausgabe 2018 vom 18. Dezember 2018 (SächsABl. SDr. 2019 S. S 2), enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S 352), wird wie folgt geändert:

1. Abschnitt A wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 1 wird nach dem Absatz 2 folgender Absatz ergänzt:
„Für Beteiligungen im Bereich Schlösser, Burgen und Gärten des Freistaates Sachsen gelten die Vorschriften der RLBau bei Baumaßnahmen an den überlassenen Liegenschaften.“
- b) In Nummer 2.1 wird Satz 2 wie folgt gefasst:
„Oberste Dienstbehörde ist das Sächsische Staatsministerium der Finanzen (SMF), diesem ist der Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement (SIB) mit dem Geschäftsbereich Zentrales Flächenmanagement (ZFM) nachgeordnet. Der Staatsbetrieb SIB besteht aus einer Zentrale und Niederlassungen.“
- c) Nummer 3.3 wird wie folgt gefasst:
„Liegenschaftsverwaltende Stelle ist der Staatsbetrieb SIB.“
- d) Nummer 3.4 wird wie folgt gefasst:
„Bedarfsträger sind der Sächsische Landtag, der Sächsische Rechnungshof, der Sächsische Datenschutzbeauftragte und die jeweiligen Obersten Dienstbehörden mit den ihnen nachgeordneten staatlichen Behörden, sonstige nicht rechtsfähige oder teilrechtsfähige staatlichen Einrichtungen sowie hinsichtlich der überlassenen Liegenschaften die Beteiligungen im Bereich Schlösser, Burgen und Gärten des Freistaates Sachsen.“
- e) Nummer 3.7 wird wie folgt neu gefasst:
„Eine Ersatzunterbringung ist eine Bedarfsdeckungsmaßnahme, die notwendig wird, weil das aktuelle Unterbringungsobjekt nicht mehr geeignet ist oder künftig nicht mehr zur Verfügung steht.“
- f) Die bisherigen Nummern 3.7 und 3.8 werden die Nummern 3.8 und 3.9.
- g) In Nummer 4.1 wird in Satz 1 in der Übersicht bei Gruppe 518 vor dem Wort „Baumaßnahmen“ das Wort „Großen“ eingefügt.
- h) In Nummer 4.1 Absatz 2 wird Satz 2 wie folgt gefasst:
„Bei Großen Baumaßnahmen (GBM) im Bestand zählen auch Miet- und Herrichtungskosten für Interime, die als Ausweichunterbringung zur Gewährleistung der Baufreiheit während der Bauzeit erforderlich sind, zu den Bauausgaben.“
- i) Nummer 4.5 wird wie folgt gefasst:
„Für Maßnahmen des Bauunterhalts kann der Staatsbetrieb SIB im laufenden Haushaltsjahr Ver-

pflichtungen zu Lasten der folgenden Haushaltsjahre eingehen. Verpflichtungsermächtigungen bedarf es hierfür nicht.“

j) Nummer 6 wird wie folgt gefasst:

„Im begründeten Einzelfall kann das SMF ein von den Abschnitten B–F abweichendes Verfahren vorgeben. Art und Umfang der begründenden Unterlagen bestimmt das SMF im Einvernehmen mit der Zentrale des Staatsbetriebes SIB.“

2. Abschnitt B wird wie folgt geändert:

- a) Nummer 1.2 wird wie folgt gefasst:
„Interime nach Abschnitt A Nummer 3.6, Ersatzunterbringungen ohne Mehrbedarf nach Abschnitt A Nummer 3.7 und Verlängerungen von Anmietungen ohne Mehrbedarf zur Deckung eines bereits unbefristet anerkannten Bedarfs bedürfen keiner gesonderten Bedarfsanmeldung.“
- b) In Nummer 2.1 wird das Wort „kann“ durch das Wort „könnte“ ersetzt.
- c) In Nummer 2.3, 2. Anstrich wird „3. Absatz“ durch „2. Absatz“ ersetzt.
- d) In Nummer 3, 2. Satz wird nach den Wörtern „teilt das SMF“ das Wort „dieses“ eingefügt.
- e) In Nummer 3.3 Absatz 1 wird der 2. Anstrich wie folgt gefasst:
„– Beratung des Bedarfsträgers auf Grundlage der von diesem zu formulierenden bedarfsbegründenden und -erläuternden Inhalte gemäß Abschnitt F Nummer 1.1“
- f) In Nummer 3.3, Absatz 2 wird der 2. Anstrich wie folgt gefasst:
„– Verbindliche Vertretung der ressortfachlichen Inhalte (insbesondere bedarfsbegründender und -erläuternder Inhalte gemäß Abschnitt F Nummer 1.1)“.
- g) In Nummer 3.3 Absatz 4 entfallen die Wörter „in 2-facher Ausfertigung“.
- h) Nummer 3.4 wird wie folgt gefasst:
„Das SMF erkennt die QBedAn an und beauftragt auf dieser Grundlage den Staatsbetrieb SIB mit der weiteren Bearbeitung. Das für den Bedarfsträger zuständige Staatsministerium wird hierüber vom SMF entsprechend informiert.“
- i) In Nummer 4.1 Absatz 2 wird der 2. Anstrich vor den Wörtern „Stellen- und Personalplan“ mit der Wortgruppe „seitens SMF bestätigte“ ergänzt.

3. Abschnitt C wird wie folgt geändert:

- a) Nummer 2 wird wie folgt umbenannt:
„Verfahren zum Bauunterhaltsbudget“.
- b) In Nummer 2 Satz 2 wird nach den Wörtern „jährlich global zugewiesen“ das Wort „(Bauunterhaltsbudget)“ eingefügt.

4. Abschnitt D wird wie folgt geändert:
- In Nummer 1.1 wird „bis 1,5 Millionen Euro“ durch „bis 2 Millionen Euro“ ersetzt.
 - Nummer 2.3 wird wie folgt gefasst:
„Die Niederlassung des Staatsbetriebes SIB legt der Zentrale des Staatsbetriebes SIB die BauU-KBM zur Entscheidung über die Realisierung und zur Festsetzung der Gesamtbaukosten vor.“
 - In Nummer 4.1 entfallen die Wörter „in einfacher Ausfertigung“
5. Abschnitt E wird wie folgt geändert:
- In Nummer 1 wird die Wortgruppe „bis 1,5 Millionen Euro“ durch die Wortgruppe „bis 2 Millionen Euro“ ersetzt.
 - Nummer 2.1, Absatz 2 wird wie folgt ergänzt:
„In diesem Fall beauftragt das SMF den Staatsbetrieb SIB mit der Aufstellung einer EW-Bau.“
 - Nummer 2.2 wird wie folgt gefasst:
„Zuständig für das Aufstellen der PU ist die Zentrale des Staatsbetriebes SIB unter Mitwirkung der zuständigen Niederlassung und des Bedarfsträgers.“
 - In Nummer 2.4 entfällt die Wortgruppe „in digitaler Form sowie zusätzlich das Muster 6, Blatt 1 und Blatt 6 im Original“.
 - In Nummer 3.1 wird nach der Wortgruppe „wenn eine EW-Bau“ die Wortgruppe „anstelle einer PU“ eingefügt.
 - In Nummer 3.6, 1. Anstrich entfällt die Wortgruppe „in digitaler Form sowie zusätzlich das Muster 6, Blatt 1 und Blatt 6 im Original“.
 - In Nummer 4.1 wird nach der Wortgruppe „der geprüften EW-Bau“ die Wortgruppe „unter Einbindung des Bedarfsträgers“ ergänzt.
 - In Nummer 5.3 wird nach den Wörtern „und erteilt der Niederlassung“ die Wortgruppe „im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel gemäß Abschnitt A Nummer 4.3“ ergänzt.
 - In Nummer 6.1 entfallen die Wörter „in 2-facher Ausfertigung“.
 - In Nummer 7.2, 1. Anstrich entfällt die Wortgruppe „in digitaler Form sowie zusätzlich ein neues Muster 6, Blatt 1 und Blatt 6 im Original“.
6. Abschnitt F wird wie folgt geändert:
- In Nummer 1.1 wird nach „Arbeitsschutz/Gesundheit“ die Wortgruppe „auf Grundlage einer Gefährdungsbeurteilung nach § 3 ArbStättV“ durch die Wortgruppe „(insbesondere Anforderungen an Arbeitsplätze und die jeweilige Arbeitsplatzumgebung)“ ersetzt.
 - In Nummer 3.5 wird „EnEV und EEWärmeG“ durch die Wortgruppe „Energieeffizienz und erneuerbare Energien“ ersetzt.
7. Abschnitt G wird wie folgt geändert:
- Nummer 1.4 wird wie folgt gefasst:
„Den Beginn der Bauarbeiten hat die Niederlassung des Staatsbetriebes SIB mit dem Bedarfsträger rechtzeitig abzustimmen und ebenso wie der Zentrale des SIB schriftlich mitzuteilen.“
 - Nummer 3 wird mit dem Titel „Fertigstellungsanzeige“ neu eingefügt:
„Die Fertigstellung einer KBM oder GBM ist der Zentrale des Staatsbetriebes SIB formlos mit der HHV-Kostenfeststellung von der Niederlassung anzuzeigen.“
8. Abschnitt H wird wie folgt geändert:
- In Nummer 1.3 wird nach dem 1. Satz eingefügt:
„Weitere Unterlagen sind in Abstimmung mit dem Bedarfsträger zu übergeben, insbesondere wenn er die Aufgaben der liegenschaftsverwaltenden Dienststelle wahrnimmt.“
 - In Nummer 2 entfällt Satz 2.
9. Abschnitt J wird wie folgt geändert:
- In Nummer 3.3 Absatz 2 entfällt nach der Wortgruppe „Zu den begründenden Unterlagen gehören optional“ der Teilsatz: „soweit erstellt und gegebenenfalls in elektronischer Form“.
 - In Nummer 3.4 wird nach „Die Vollständigkeit der“ die Wortgruppe „im Muster 5 erfassten“ eingefügt.
 - In Nummer 5.3 entfällt der letzte Satz.
10. Abschnitt K7 wird wie folgt geändert:
In Nummer 1 wird folgender Absatz 5 angefügt:
„Im Rahmen von GBM errichtete zeitgenössische bildende Kunst (Kunst am Bau) wird aus Baumitteln instand gesetzt.“
11. Abschnitt K8 wird wie folgt geändert:
- Nummer 1 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:
„Für die im Staatsbetrieb SIB, Geschäftsbereich ZFM, verwalteten Liegenschaften können abweichende Regelungen im Staatsbetrieb SIB vereinbart werden.“
 - In Nummer 4 Absatz 3 wird die Wortgruppe „deren Überwachung und Prüfung in Technischen Vorschriften geregelt ist“ durch die Wortgruppe „für die gesonderte Technische Vorschriften existieren“ ersetzt.
 - In Nummer 5 wird die Überschrift wie folgt neu gefasst:
„Wiederkehrende Prüfung von Sonderbauten und Ingenieurbauwerken“
 - Nummer 5 wird wie folgt ergänzt:
„Ingenieurbauwerke und Bauwerke wasserwirtschaftlicher Anlagen sind nach DIN 1076 regelmäßig zu prüfen. Hierzu können externe Sachverständige hinzugezogen werden. Die Dokumentation zum Bauwerk einschließlich der Prüfberichte von Hauptprüfung, Einfacher Prüfung und erforderlichenfalls Sonderprüfung erfolgt in der Datenbank SIB-Bauwerke.
Bei baulichen Anlagen, für die gesonderte Technische Vorschriften existieren, sind diese sinngemäß anzuwenden.“
12. Abschnitt K15 wird wie folgt geändert:
Nummer 3.1 Absatz 1 wird der 4. Anstrich wie folgt gefasst:
„– die Erstellung der Gefährdungsbeurteilung gemäß Arbeitsschutzrecht (wie ArbSchG, ArbStättV, BetrSichV). Bei mehreren nutzenden Dienststellen ist die Mitwirkung aller erforderlich.“

13. Abschnitt N wird wie folgt geändert:

- a) Nummer 9.2, 8. Anstrich wird wie folgt gefasst:
 - „– die Anzeige von baulichen Änderungen und/oder Nutzungsänderungen ohne Beteiligung des Staatsbetriebes SIB, insbesondere wenn die Änderungen baurechtlicher Belange berühren (unter anderem Brandschutz, Statik) und“
- b) In Nummer 9.2, 9. Anstrich wird die Wortgruppe „§ 4 ArbStättV“ durch das Wort „Arbeitsschutzrecht“ ersetzt.
- c) In Nummer 12.3 wird die Wortgruppe „zum 30. Januar“ durch die Wortgruppe „bis spätestens zum 31. März“ ersetzt.

14. Abschnitt Muster wird wie folgt geändert:

- a) In „Verzeichnis und Verwendung der Muster und Anlagen“ wird bei Muster 6 die Wortgruppe „PU, EW-Bau“ ergänzt durch das Wort „KBM“

- b) In Muster 6 Blatt 4 wird die Gliederung der DIN 276: 2018-12 übernommen.
- c) In Muster 6 Blatt 5 wird unter „Planungsdaten“ die „Bezugsfläche (NUF/BGF)“ zu „Bezugsfläche (NUF/BGF/NRF)“ erweitert.
- d) In Muster 7 Anlage 2 wird unter „Planungsdaten“ die „Bezugsfläche (NUF/BGF)“ zu „Bezugsfläche (NUF/BGF/NRF)“ erweitert.

II.

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 9. Juni 2021

Der Staatsminister der Finanzen
Hartmut Vorjohann

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus

Förderrichtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Förderung von Tierparks und zoologischen Gärten in der Corona-Krise (FRL Zoo)

Vom 4. Juni 2021

I.

Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen

1. Zuwendungszweck ist die Unterstützung von Tierparks und zoologischen Gärten im Freistaat Sachsen, die aufgrund der zum Infektionsschutz im Zusammenhang mit der SARS-CoV-2-Virus-Pandemie (COVID-19-Pandemie) getroffenen behördlichen Maßnahmen mit Einschränkungen konfrontiert waren oder noch sind, die sich auch auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ihrer Träger auswirken. Ziel ist es, durch einen Zuschuss finanzielle Engpässe zu überbrücken und so den Erhalt dieser Einrichtung abzusichern.
2. Der Freistaat Sachsen gewährt die Zuwendungen nach Maßgabe dieser Förderrichtlinie und den allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere nach den §§ 23, 44 und 44a der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, sowie den dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDR. S. S226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 16. April 2021 (SächsABl. S. 434) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDR. S. S352) in der jeweils geltenden Fassung.
3. Soweit es sich um Maßnahmen handelt, die Unternehmen oder Wirtschaftszweige im Sinne der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union begünstigen, erfolgt eine Zuwendung nach Maßgabe und unter Einhaltung der Voraussetzungen der Regelung zur vorübergehenden Gewährung geringfügiger Beihilfen im Geltungsbereich der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19 („Vierte Geänderte Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“) vom 12. Februar 2021 (BAnz AT 01.03.2021 B1), in der jeweils geltenden Fassung. Die Vorgaben der Bundesregelung sind vorrangig zu beachten.
4. Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht. Die Bewilligungsbehörde

entscheidet auf Grund pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

II.

Gegenstand der Förderung

Gefördert werden Tierparks und zoologische Gärten (Einrichtungen) im Freistaat Sachsen. Die Förderung wird zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit der Einrichtungen gewährt, welche durch Einnahmeverluste zwischen dem 1. Januar 2021 und dem 31. Mai 2021 (Förderzeitraum) gefährdet ist, soweit diese Einnahmeverluste maßgeblich durch die COVID-19-Pandemie verursacht wurden.

III.

Zuwendungsempfänger

1. Zuwendungen können juristische Personen erhalten, die Träger einer Einrichtung gemäß Ziffer II Satz 1 sind.
2. Überwiegend wirtschaftlich tätige Antragsteller, die sich bereits am 31. Dezember 2019 in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befunden haben, sind von einer Förderung ausgeschlossen. Es gilt Artikel 2 Absatz 18 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014¹, zur Definition eines Unternehmens in Schwierigkeiten.

IV.

Zuwendungsvoraussetzungen

Die folgenden Zuwendungsvoraussetzungen gelten jeweils für den gesamten Förderzeitraum gemäß Ziffer II Satz 2:

1. Der Antragsteller hat seinen Sitz im Freistaat Sachsen.
2. Die Einrichtung ist ortsfest und befindet sich im Freistaat Sachsen.
3. Die Einrichtung ist satzungsgemäß öffentlich zugänglich und verfügt über eine ganzjährige regelmäßige Öffnungszeit.
4. Für die Einrichtung liegt eine Genehmigung gemäß § 42 des Bundesnaturschutzgesetzes vor.

¹ Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S.1, L 283 vom 27.9.2014, S. 65)

V.

Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

1. Die Zuwendung wird als Projektförderung in Form eines Zuschusses in Fehlbedarfsfinanzierung gewährt.
2. Bemessungsgrundlage für die Zuwendungshöhe sind die um fünf Zwölftel der kommunalen Zuschüsse gemäß dem Wirtschaftsplan 2021 der Einrichtung reduzierten Betriebsausgaben der Einrichtung im Förderzeitraum, welche nicht durch die im Förderzeitraum erzielten Betriebseinnahmen der Einrichtung gedeckt werden können (nichtgedeckte Betriebsausgaben). Die Zuwendungshöhe entspricht maximal der Höhe dieser nichtgedeckten Betriebsausgaben, höchstens jedoch der Höhe von 900 000 Euro. Gewinne gemäß dem Jahresabschluss 2021 mindern rückwirkend die Höhe der Förderung.
3. Die Gewährung der Zuwendung darf nicht zu einer Überkompensation führen. Alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Ausgabensenkung (zum Beispiel durch Kurzarbeit) sind vorher auszuschöpfen und alle verfügbaren Finanzhilfen und Leistungen sind in Anspruch zu nehmen. Dazu zählen insbesondere Ansprüche nach dem Infektionsschutzgesetz, Versicherungsleistungen, Zuschussprogramme des Bundes sowie Leistungen der Kommunen und Kulturräume. Die gleichzeitige Inanspruchnahme mehrerer Zuschussprogramme des Freistaates Sachsen ist ausgeschlossen, sofern dies zu einer Überkompensation führen würde. Zudem sind die Kumulierungsvorschriften der Geänderten Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020, in der jeweils geltenden Fassung, zu beachten.

VI.

Verfahren, sonstige Zuwendungsbestimmungen

1. Bewilligungsbehörde ist die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB).
2. Der vorzeitige förderunschädliche Maßnahmenbeginn ist in Abweichung zu Nummer 1.4 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung bereits ab dem 1. Januar 2021 zugelassen.
3. Der Antrag ist unter Verwendung des durch die Bewilligungsbehörde zur Verfügung gestellten Antragsverfahrens bis spätestens 30. Juni 2021 einzureichen (www.sab.sachsen.de). Wird der Antrag bereits vor Ablauf des möglichen Förderzeitraumes gemäß Ziffer II Satz 2 eingereicht, verkürzt dies den tatsächlich zu berücksichtigenden Förderzeitraum entsprechend.

4. Der Antragsteller legt mit seinem Antrag, der zugleich als Zwischennachweis der Verwendung dient, einen Buchhaltungsbeleg über die Einnahmen und Ausgaben der Einrichtung im Förderzeitraum einschließlich des berechneten Fehlbetrages (nichtgedeckte Betriebsausgaben im Förderzeitraum) sowie den Wirtschaftsplan 2021 vor. Der Antragsteller legt nach Abschluss des Wirtschaftsjahres einen testierten Jahresabschluss 2021 vor.
5. Auszahlungen durch die Bewilligungsbehörde erfolgen im Erstattungsverfahren spätestens einen Monat nach Antragstellung in einem Betrag.
6. Die Bewilligungsbehörde prüft die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung. Prüfungsrechte haben weiterhin der Sächsische Rechnungshof sowie das Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus.
7. Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, auch nach Bewilligung und Auszahlung an der Erfolgskontrolle mitzuwirken. Er hat alle mit der Förderung zusammenhängenden Unterlagen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen aufzubewahren.
8. Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gilt die Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung, soweit in dieser Richtlinie nichts Abweichendes geregelt ist.
9. Die erforderlichen Informationen gemäß Anhang III der Verordnung der Kommission (EU) Nummer 651/2014 vom 17. Juni 2014, Anhang III der Verordnung der Kommission (EU) Nummer 702/2014 vom 25. Juni 2014 und Anhang III der Verordnung der Kommission (EU) Nummer 1388/2014 vom 16. Dezember 2014 über die gewährte Zuwendung sind gemäß § 4 Absatz 4 der Geänderten Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020, in der jeweils geltenden Fassung, zu veröffentlichen.

VII.

Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 4. Juni 2021

Die Staatsministerin für Kultur und Tourismus
beim Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus
Barbara Klepsch

**Richtlinie
des Sächsischen Staatsministeriums
für Wissenschaft, Kultur und Tourismus
zur Förderung von freien Musikschulen und von freiberuflichen
Anbietern von außerschulischem Musik- und Tanzunterricht
zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie
(FRL MuTaCo)**

Vom 4. Juni 2021

I.

Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen

1. Der Freistaat Sachsen gewährt nach Maßgabe dieser Förderrichtlinie und den allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere nach den §§ 23, 44 und 44a der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, sowie den dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDR. S. S226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 16. April 2021 (SächsABl. S. 434) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDR. S. S352), in der jeweils geltenden Fassung, Zuwendungen für freie Musikschulen und freiberufliche Anbieterinnen und Anbieter von außerschulischem Musik- und Tanzunterricht im Freistaat Sachsen.
2. Zuwendungszweck ist die Unterstützung von freien Musikschulen und von freiberuflichen Anbieterinnen und Anbietern von außerschulischem Musik- und Tanzunterricht im Freistaat Sachsen, die aufgrund der zum Infektionsschutz im Zusammenhang mit der SARS-CoV-2-Virus-Pandemie (COVID-19-Pandemie) getroffenen behördlichen Maßnahmen mit Einschränkungen konfrontiert sind, die sich auch auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieser Träger auswirken. Ziel ist es, durch einen Zuschuss finanzielle Engpässe zu überbrücken und so die Existenz der Träger zu sichern und zum Fortbestand der vielfältigen Kulturlandschaft Sachsens beizutragen.
3. Soweit es sich um Maßnahmen handelt, die Unternehmen oder Wirtschaftszweige im Sinne der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union begünstigen, erfolgt eine Zuwendung nach Maßgabe und unter Einhaltung der Voraussetzungen der Regelung zur vorübergehenden Gewährung geringfügiger Beihilfen im Geltungsbereich der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19 („Geänderte Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“) vom 12. Februar 2021 (BAnz AT 01.03.2021 B1), in der jeweils geltenden Fassung. Die Vorgaben der Bundesregelung sind vorrangig zu beachten.
4. Ein Anspruch der Antragstellerin oder des Antragstellers auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht. Die Bewilligungsbehörde entscheidet auf Grund pflichtge-

mäßigen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

II.

Gegenstand der Förderung

- Gegenstand der Förderung sind
1. der Ausgleich von Einnahmeausfällen aus Unterrichtsgebühren von freien Musikschulen während der Geltungsdauer der jeweiligen Allgemeinverfügung zum Vollzug des Infektionsschutzgesetzes und zu Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie beziehungsweise der jeweils geltenden Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung;
 2. der Ausgleich von Einnahmeausfällen aus ausfallenden Honoraren von freiberuflichen Anbieterinnen und Anbietern von außerschulischem Musik- und Tanzunterricht während der Geltungsdauer der unter Nummer 1 genannten rechtlichen Bestimmungen.

III.

Zuwendungsempfänger

- Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger können sein
1. Musikschulen als juristische Personen des Privatrechts, die gemeinnützige Zwecke im Sinne von § 52 Absatz 2 der Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866, 2003 I S. 61), die zuletzt durch Artikel 4 Absatz 7 des Gesetzes vom 7. Mai 2021 (BGBl. I S. 850) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, im Freistaat Sachsen verfolgen und ihren Sitz im Freistaat Sachsen haben;
 2. Freiberufliche Einzelunternehmerinnen und Einzelunternehmer („Solo-Selbständige“) als Anbieterinnen und Anbieter von außerschulischem Musik- und Tanzunterricht im Freistaat Sachsen.

IV.

Zuwendungsvoraussetzungen

1. Voraussetzungen für die Zuwendungen nach Ziffer II Nummer 1 sind:
 - a) Die Musikschule erfüllt die Zuwendungsvoraussetzungen nach Ziffer II Nummer 1 der FörderRL Musikschulen/Kulturelle Bildung vom 13. November 2013 (SächsABl. S. 1160), die zuletzt durch die Richtlinie vom 5. Mai 2020 (SächsABl. S. 531) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 2. Dezember 2019 (SächsABl. SDR. S. S393), in der jeweils geltenden Fassung,

und erhält im Jahr 2021 Zuwendungen gemäß dieser Förderrichtlinie.

- b) Der Musikschulunterricht kann aufgrund von den in Ziffer II Nummer 1 genannten rechtlichen Bestimmungen ganz oder teilweise nicht stattfinden.
 - c) Der ausfallende Unterricht kann nicht in alternativer Form, zum Beispiel als Online-Unterricht, durchgeführt werden.
2. Voraussetzungen für die Zuwendungen nach Ziffer II Nummer 2 sind:
- a) Die Antragstellerin oder der Antragsteller erwirtschaftet ihr oder sein Einkommen überwiegend durch ihre oder seine Freiberuflichkeit als Anbieterin oder Anbieter von außerschulischem Musik- oder Tanzunterricht.
 - b) Der außerschulische Musik- oder Tanzunterricht kann aufgrund der in Ziffer II Nummer 1 genannten rechtlichen Bestimmungen ganz oder teilweise nicht stattfinden.
 - c) Der ausfallende Unterricht kann nicht in alternativer Form, zum Beispiel als Online-Unterricht, durchgeführt werden.
 - d) Die Antragstellerin oder der Antragsteller hat ihren oder seinen Wohnsitz spätestens seit dem 1. Januar 2021 (Stichtag) im Freistaat Sachsen. Der Nachweis erfolgt durch Vorlage einer Kopie des gültigen Personalausweises.
 - e) Die Antragstellerin oder der Antragsteller legt eine Honorarvereinbarung (Vertrag) vor, die vor dem 1. Januar 2021 abgeschlossen wurde und sich auf eine Leistungserbringung im Jahr 2021 bezieht.
 - f) Die Antragstellerin oder der Antragsteller weist den tatsächlichen Einnahmefall in geeigneter Weise nach, zum Beispiel durch Vorlage der gegenüber dem zuständigen Finanzamt in Steuerverfahren gemeldeten Einnahmedarstellung (Einreichung der Meldung einschließlich der dazu für die Antragstellerin oder den Antragsteller vom zuständigen Finanzamt vergebenen Steuernummer).
 - g) Die Antragstellerin oder der Antragsteller weist ihre oder seine Mitgliedschaft in der Künstlersozialkasse zum Stichtag 1. Januar 2021 nach. Die Begründung der Mitgliedschaft nach dem Stichtag kann anerkannt werden, wenn sie aus sachlichen Gründen nach dem Stichtag und vor der Antragstellung erlangt wurde.
3. Die Förderung erfolgt nachrangig und nur insoweit andere Förderangebote und Unterstützungsleistungen des Freistaates Sachsen, des Bundes oder der Europäischen Union nicht zur Verfügung stehen.

V.

Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

1. Die Zuwendungen werden in Form eines Zuschusses als Festbetragsfinanzierung im Rahmen der Projektförderung gewährt.
2. Die Höhe der Zuwendung gemäß Ziffer II Nummer 1 ergibt sich aus dem tatsächlichen Einnahmefall im Förderzeitraum gemäß Ziffer VI Nummer 3. Bemessungsgrundlage ist dabei zunächst der auf die gemäß dem von der Landesdirektion Sachsen bewilligten Antrag auf Förderung im Rahmen der FörderRL Musikschulen/ Kulturelle Bildung im Jahr 2021 in 38 Unterrichtswochen geplanten Einnahmen aus Unterrichtsgebühren bezogene angenommene Einnahmefall in Höhe von 33 Prozent dieser Gebühren. Dieser auf 38 Unterrichts-

wochen bezogene Einnahmefall wird pro ausfallender Unterrichtswoche zu 100 Prozent bezuschusst. Der tatsächliche Einnahmefall ist höchstens bis zur Höhe des zunächst angenommenen Einnahmefalls förderfähig.

3. Die Höhe der Zuwendung gemäß Ziffer II Nummer 2 ergibt sich aus dem tatsächlichen Einnahmefall im Förderzeitraum gemäß Ziffer VI Nummer 3. Bemessungsgrundlage ist dabei der auf die geplanten und durch Honorarverträge belegten Einnahmen bezogene tatsächliche Einnahmefall. Dieser wird zu 60 Prozent bezuschusst, höchstens jedoch bis zur Höhe von 750 Euro pro Woche im Förderzeitraum.
4. Die Gewährung der Zuwendung darf nicht zu einer Überkompensation führen. Hierbei sind gegebenenfalls weitere Hilfen zu berücksichtigen. Zudem sind die Kumulierungsvorschriften der geänderten Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020 zu beachten.

VI.

Verfahren, sonstige Zuwendungsbestimmungen

1. Bewilligungsstelle ist die Sächsische Aufbaubank – Förderbank (SAB).
2. Der Antrag ist unter Verwendung des durch die Bewilligungsbehörde zur Verfügung gestellten Antragsverfahrens einzureichen (www.sab.sachsen.de). Die für die Beurteilung des Antrags erforderlichen Angaben und Nachweise zum Einnahmefall, die Angabe der Steuernummer für die unternehmerische Veranlagung und bei Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfängern nach Ziffer II Nummer 2 die Mitgliedsnummer bei der Künstlersozialkasse, eine Kopie des Personalausweises und Kopien der Honorarverträge sind beizufügen.
3. Der Förderzeitraum umfasst den 1. Januar 2021 bis zum 23. Juli 2021. Der vorzeitige förderunschädliche Maßnahmenbeginn ist in Abweichung zu Nummer 1.4 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung bereits ab dem 1. Januar 2021 zugelassen.
4. Der Antrag auf Förderung ist bis zum 31. Juli 2021 einzureichen.
5. Die Auszahlung der Zuwendungssumme erfolgt zu 75 Prozent unverzüglich nach Bewilligung. Weitere 25 Prozent werden nach Abschluss der Verwendungsnachweisprüfung ausgezahlt.
6. Die Zuwendungsempfängerin und der Zuwendungsempfänger sind verpflichtet, auch nach Bewilligung und Auszahlung an der Erfolgskontrolle mitzuwirken. Es sind alle mit der Förderung zusammenhängenden Unterlagen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen aufzubewahren.
7. Der Verwendungsnachweis der Zuwendungsempfänger nach Ziffer III Nummer 1 besteht abweichend von den Nummern 6.2 und 6.4 der ANBest-P aus:
 - a) einem Sachbericht,
 - b) einer Aufstellung der im Förderzeitraum ursprünglich geplanten Unterrichtswochen,
 - c) einer Aufstellung der im Förderzeitraum coronabedingt ausgefallenen Unterrichtswochen,

- d) dem Nachweis der im Förderzeitraum erzielten Einnahmen und des tatsächlich eingetretenen Einnahmeausfalls.
8. Der Verwendungsnachweis der Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger nach Ziffer III Nummer 2 besteht abweichend von den Nummern 6.2 und 6.4 der ANBest-P aus:
- a) einem Sachbericht,
 - b) einer Aufstellung der im Förderzeitraum ursprünglich geplanten Stunden (pro Woche),
 - c) einer Aufstellung der im Förderzeitraum coronabedingt ausgefallenen Unterrichtsstunden (pro Woche),
 - d) dem Nachweis der im Förderzeitraum erzielten Einnahmen und des tatsächlich eingetretenen Einnahmeausfalls und
 - e) als Vergleichsbasis den Einkommensteuerbescheid für das Jahr 2019.
9. Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gilt die Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung, soweit in dieser Förderrichtlinie nichts Abweichendes geregelt ist.
10. Wird eine Kleinbeihilfe gewährt, gilt:
- a) Vor Gewährung der Beihilfe hat die Antragstellerin oder der Antragsteller der SAB jede Kleinbeihilfe anzugeben, die sie oder er bislang erhalten hat, sodass sichergestellt ist, dass der in der geänderten Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020 genannte Höchstbetrag nicht überschritten wird.
 - b) Die Beihilfe kann nach Maßgabe der geänderten Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020 mit anderen Beihilfen kumuliert werden.
- VII.
Inkrafttreten**
- Diese Förderrichtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 4. Juni 2021

Die Staatsministerin für Kultur und Tourismus
beim Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus
Barbara Klepsch

**Verwaltungsvorschrift
des Sächsischen Staatsministeriums
für Wissenschaft, Kultur und Tourismus
zur Änderung der Verwaltungsvorschrift
über die Regelung dienstrechtlicher Zuständigkeiten
im Geschäftsbereich des Sächsischen Staatsministeriums
für Wissenschaft, Kultur und Tourismus**

Vom 9. Juni 2021

I.

Die Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus über die Regelung dienstrechtlicher Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus vom 27. November 2020 (SächsABl. S. 1416) wird wie folgt geändert:

1. Ziffer III wird wie folgt gefasst:

„III.

Zuordnung zu den Stufen des Grundgehalts
und Anerkennung weiterer hauptberuflicher Zeiten

Auf der Grundlage von § 2 Absatz 2 des Sächsischen Beamtengesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970, 971), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 26. Februar 2021 (SächsGVBl. S. 318) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, § 78 Absatz 2 des Sächsischen Hochschulfreiheitsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Januar 2013 (SächsGVBl. S. 3), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, sowie auf der Grundlage von § 92 Absatz 2 und § 28 Absatz 2 Satz 2 des Sächsischen Besoldungsgesetzes werden die Zuständigkeit für die Zuordnung zu den Stufen des Grundgehalts der Beamten und die Zuständigkeit für die Anerkennung weiterer hauptberuflicher

ruflicher Zeiten der Beamten der Besoldungsordnung A wie folgt geregelt:

1. Zuständig für die Zuordnung zu den Stufen des Grundgehalts ist der Dienstvorgesetzte des Beamten.
2. Zuständig für die Anerkennung weiterer hauptberuflicher Zeiten bei der Stufenzuordnung nach § 28 Absatz 2 des Sächsischen Besoldungsgesetzes ist der Dienstvorgesetzte des Beamten der Besoldungsordnung A. Das SMWK kann die Anerkennung weiterer hauptberuflicher Zeiten bei der Stufenzuordnung nach Satz 1 im Einzelfall jederzeit an sich ziehen. Das notwendige Einvernehmen des Staatsministeriums der Finanzen (SMF) nach § 28 Absatz 2 Satz 2 des Sächsischen Besoldungsgesetzes bleibt unberührt.“
2. In Ziffer V wird die Angabe „vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970, 971), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 6. Juni 2019 (SächsGVBl. S. 470) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,“ gestrichen.
3. In Ziffer IX Satz 1 wird die Angabe „in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Januar 2013 (SächsGVBl. S. 3), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 27 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,“ gestrichen.

II.

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am 1. Juli 2021 in Kraft.

Dresden, den 9. Juni 2021

Der Staatsminister für Wissenschaft, Kultur und Tourismus
Sebastian Gemkow

Die Staatsministerin für Kultur und Tourismus
beim Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus
Barbara Klepsch

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt Aufruf zur Antragseinreichung zur Förderung einer Maßnahme „De-Radikalisierungs- und Distanzierungsberatung im Phänomenbereich Rechtsextremismus“ im Handlungsbereich Land im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

Vom 7. Juni 2021

I. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen

1. Der Freistaat Sachsen gewährt nach Maßgabe
 - §§ 23, 44 und 44a der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
 - der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu § 44 der Bundeshaushaltsordnung vom 14. März 2001 (GMBI 2001 S. 307) in der jeweils geltenden Fassung sowie den dazu erlassenen Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P Bund),
 - der Richtlinie zur Förderung von Projekten der Demokratieförderung, der Vielfaltgestaltung und zur Extremismusprävention (Förderrichtlinie Demokratie leben!) vom 5. August 2019 (GMBI 2019 Nr. 40 S. 801) in der jeweils geltenden Fassung,
 - des jeweils wirksamen Zuwendungsbescheids der Bewilligungsstelle des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ zur Umsetzung des Landesdemokratiezentrums für den Freistaat Sachsen für den Bewilligungszeitraum,
 - weiterer programmbezogener Maßgaben des Bundes, die als Bestandteil der Förderung anzusehen und in den Zuwendungsbescheid aufzunehmen sindeine Zuwendung für die Umsetzung einer landesweiten Maßnahme „De-Radikalisierungs- und Distanzierungsberatung im Phänomenbereich Rechtsextremismus“ (DeRaDiS).
2. Die Förderung verfolgt den Zweck, das Beratungsnetzwerk des Demokratie-Zentrums Sachsen um ein spezifisches Angebot zur Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Entwicklungen bei jungen Menschen mit dem Phänomenhintergrund rechtsextremistische Radikalisierung weiterzuentwickeln.
3. Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsstelle aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

II. Gegenstand der Förderung

DeRaDiS verbindet landesweite Angebote des Beratungsnetzwerks des Demokratie-Zentrums Sachsen mit Angeboten der überörtlichen Jugendhilfe zur frühzeitigen Reaktion auf rechtsextremistische Radikalisierungsprozesse in einem thematischen Praxisnetzwerk mit folgendem Koordinatensystem:

- sachsenweite Ausrichtung und Handlungsbeauftragung
- Berücksichtigung der spezifisch sächsischen Ausgangssituation, Regelstrukturen und deren Möglichkeiten wie Begrenzungen
- Einbindung regionaler und landesweiter Expertise, Praxis und Felderfahrung
- Konzentration auf Radikalisierungsprozesse in der Zielgruppe junge Menschen
- Fokussierung auf das Handlungsfeld Jugendarbeit und hieran angrenzende Arbeitsfelder (meint: professionell sozialpädagogisch begleitete, außerschulische Lebenswelt junger Menschen)
- Kombination von Qualifizierung, Intervention und Monitoring
- Strukturierte Vernetzung von Akteuren und Fachkräften der Jugend-, Demokratie- und Beratungsarbeit

Unter den Prämissen, dass De-Radikalisierung von jungen, rechtsaffinen oder rechtsextremistisch-agierenden Menschen stets eine Zielorientierung für deren Re-Integration und Rückbindung in, sowie aktive Teilhabe an demokratischen Prozessen und Strukturen erfordert und diese daher sozialräumlich und lebensweltlich zu erschließen, zu vitalisieren und in ihren demokratischen Integrationspotenzialen zu stärken sind, erfolgt die Realisierung in drei inhaltlichen Säulen:

- Qualifizierung und Kompetenzweiterentwicklung: Angebote der Sensibilisierung, Qualifizierung, Begleitung und Stärkung vorhandener Angebote, der in diesen tätigen Fachkräften und Organisationen sowie der Aufbau eines Beraterinnen- und Beraterpools und dessen Vernetzung;
- Interventionen: ereignisbezogen beauftragte Interventionen und Beratungsprozesse von professionellen und sozialen Umfeldern sowie in der Einzelarbeit mit gesprächsbereiten jungen Menschen;
- Monitoring/Controlling: Zusammenführung vorhandener Daten zur Einstellungsentwicklung in Sachsen sowie spezifisch für junge Menschen, zur Entwicklung der Strukturen und Angebote der Jugendarbeit sowie zur

Diskussion und Konzeptentwicklung in der Arbeit mit Jugendlichen.

Die konkrete Umsetzung wird durch eine einzurichtende Projektstelle koordiniert, welche als Mitglied des Beratungsnetzwerks des Demokratie-Zentrums Sachsen fungiert.

III.

Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind eingetragene gemeinnützige Vereine sowie juristische Personen des privaten Rechts, die gemeinnützig im Sinne des §§ 51 ff. der Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), die zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 2. Juni 2021 (BGBl. I S. 1259) geändert worden ist, sind beziehungsweise ersatzweise, bis zur Erlangung der Gemeinnützigkeit nach §§ 51 ff. der Abgabenordnung den Nachweis der Stellung eines Antrags auf Anerkennung der Gemeinnützigkeit führen.

IV.

Zuwendungsvoraussetzungen

1. Zuwendungsfähig sind Maßnahmen im Rahmen des Demokratie-Zentrums Sachsen, die im Freistaat Sachsen umgesetzt werden. Überdies soll der Träger seinen Sitz im Freistaat Sachsen haben.
2. Der Antragsteller muss nachweisen, dass er:
 - a) Erfahrungen und Expertise im zu bearbeitenden Förderschwerpunkt und die Qualifikation im Beratungskontext sowie die eingesetzten personalen Kompetenzen hat,
 - b) mit lokalen, insbesondere aber überregionalen und landesweiten Beratungsstrukturen sowie den Dach- und Fachorganisationen der Jugendarbeit und angrenzender Arbeitsfelder verbunden ist und diese in die Konzeption oder Realisierung des Projekts einbezieht,
 - c) die Verknüpfung von staatlichen und nichtstaatlichen Angeboten unterstützt und die Zusammenarbeit mit anderen Trägern, Einrichtungen und Institutionen, insbesondere auch der Landeskoordinierungsstelle im Demokratie-Zentrum Sachsen vorsieht,
 - d) Aspekte von Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion in seiner Konzeption berücksichtigt.

V.

Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

1. Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als Anteilfinanzierung in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses gewährt. Gefördert werden bis zu 99 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. In besonders begründeten Ausnahmefällen kann auch ein höherer Betrag gewährt werden.
2. Zuwendungsfähig sind Personal- und Sachausgaben. Ferner sind Verwaltungsausgaben pauschal in Höhe von maximal sechs Prozent der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben zuwendungsfähig.
3. Die Dauer der Förderung ist zunächst bis 31. Dezember 2021 begrenzt (maximaler Bewilligungszeitraum 15. Juli 2021 bis 31. Dezember 2021). Die Höhe der Zuwendung beträgt maximal 100 000 Euro. Vorbehaltlich der

Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln ist eine Fortsetzung der Förderung über die Laufzeit des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ bis 31. Dezember 2024 angedacht.

VI.

Sonstige Zuwendungsbestimmungen

Der Zuwendungsempfänger darf nach seiner Satzung oder seinem tatsächlichen Verhalten keine Bestrebungen im Sinne des § 3 Absatz 1 des Sächsischen Verfassungsschutzgesetzes vom 16. Oktober 1992 (SächsGVBl. S. 459), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Mai 2019 (SächsGVBl. S. 312) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, unterhalten oder fördern. Näheres regelt der Zuwendungsbescheid.

VII.

Verfahren

1. Die Förderanträge sind bis 30. Juni 2021 (Posteingang) an folgende Adresse zu senden:
 Sächsisches Staatsministerium
 für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
 Referat 64 (Demokratiezentrum)
 Albertstraße 10
 01097 Dresden

Zur Antragstellung ist das Formular „Muster 1a zu § 44 SÄHO“ zu verwenden, welches Sie auf der Website Formular-Server des Freistaates Sachsen abrufen können (https://fs.egov.sachsen.de/formserv/findform?shortname=SMI_LDC_3&formtecid=2&area=shortname=14-SK-SK100).

Verpflichtender Bestandteil des Antrags ist zudem ein Konzept unter Berücksichtigung nachfolgender Punkte:

- a) Stellen Sie Ihren Träger, Ihre Arbeitsschwerpunkte und Vorerfahrungen im zu bearbeitenden Förderschwerpunkt, die Qualifikation im Beratungskontext sowie die Vernetzung mit anderen Akteuren dar.
- b) Analysieren Sie aktuelle Problemlagen mit Blick auf Ihren Handlungsbereich.
- c) Stellen Sie Haupt-, Mittler- und Handlungsziele Ihres Vorhabens dar und formulieren Sie die Zielsetzungen unter Berücksichtigung der SMART-Kriterien und unter Angabe konkreter Maßnahmen. Im Bewilligungszeitraum (maximal 15. Juli 2021 bis 31. Dezember 2021) sollte dabei folgendes erfolgen:
 - Aufbau der Koordinierungs- und Geschäftsstelle DeRaDiS, thematische Einbindung in das Beratungsnetzwerk sowie Stabilisierung und Vereinbarungen zum Projektverbund,
 - Erarbeitung einer Übersicht zu Qualifikationsanfordernissen und Angeboten im Handlungsbereich,
 - Bindung von Fachpartnern für die Konzeption und Umsetzung von Veranstaltungen zur Wissensvermittlung und Kompetenzerhaltung,
 - Arbeitsfähigkeit im Bereich Clearing und Absicherung von Beratungsangeboten über den Projektverbund sowie die Koordinierungsstelle,
 - Einrichtung eines Projektcontrolling-Komitees, bestehend aus den Trägern des Projektverbundes, der Koordinierungs- und Geschäftsstelle und der Landeskoordinierungsstelle des Demokratie-Zentrums Sachsen sowie gegebenenfalls weiterer Akteure im Handlungsfeld sowie Vertreter und Vertreterinnen der Wissenschaft,
 - Kommunikation des Angebots.

- d) Beschreiben Sie die geplanten Arbeitsweisen und -methoden des Beratungsangebotes unter Berücksichtigung aktueller Problemlagen. Mit welcher Personalstruktur (Hauptamtliche/Vollzeitäquivalent, Honorarkräfte, Ehrenamtliche) und welchen personellen Kompetenzen wird das Angebot realisiert?
- e) Stellen Sie die Erreichung und Einbindung der Hauptzielgruppen dar. Welche weiteren Zielgruppen sollen wie erreicht und eingebunden werden?
- f) Benennen Sie die beteiligten beziehungsweise zu beteiligenden Kooperations- und Netzwerkpartner sowie die Form der Zusammenarbeit.
- g) Benennen Sie die Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit einschließlich geplanter (Fach-)Publikationen, Broschüren, Flyer, Werbematerialien et cetera.
- h) Beschreiben Sie die Schritte zur Umsetzung von Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion im Rahmen ihres Vorhabens.
- i) Beschreiben Sie die Maßnahmen zur Qualitätssicherung und (Selbst-)Evaluation und den Umfang der dafür benötigten Ressourcen.

Ferner sind dem Antrag zwingend beizufügen:

- Kopie der Vereinssatzung
- aktueller Vereinsregisterauszug
- Erklärung zur Verfügbarkeit von Eigenmitteln sowie gegebenenfalls Nachweise über weitere Zuwendungen oder Mittel Dritter
- detaillierter Kosten- und Finanzierungsplan (maximal Bewilligungszeitraum 15. Juli 2021–31. Dezember 2021)

Beim Vorliegen folgender Kriterien ist die Berücksichtigung im Antragsverfahren ausgeschlossen:

- verspäteter Eingang der Unterlagen, ausschließliche Übersendung per Fax oder per E-Mail,
- Unvollständigkeit der Unterlagen,
- Hinweise auf eine fehlende Sicherung der Finanzierung des Projektes,
- Hinweise auf Vermögensdelikte.

Individuelle Fristverlängerungen oder das Nachreichen von Unterlagen sind nicht möglich.

Nachfragen zu den Antragsformalitäten richten Sie bitte an: lks-dz@sms.sachsen.de oder 0351/564 54945.

2. Die Zuwendungsanträge werden bewertet. Auf Basis dieser Bewertung und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel erfolgt eine Auswahlent-

scheidung grundsätzlich für einen Träger zur landesweiten Umsetzung der Maßnahme „De-Radikalisierungs- und Distanzierungsberatung im Phänomenbereich Rechtsextremismus“ (DeRaDiS).

Für eine bessere Vergleichbarkeit werden Bewertungskriterien wie folgt festgelegt:

Kriterien	Differenzierung		Wichtung
1. Gesamtkonzeption der Maßnahme	1.1 Problemanalyse	10	50
	1.2 Projektinhalt	10	
	1.3 Projektziele	10	
	1.4 Zielgruppe und Zielgruppenerreichung	10	
	1.5 Kooperationspartner und Netzwerkarbeit	10	
2. Qualifikation	2.1. Vorerfahrung im Förderschwerpunkt und Beratungskontext	10	20
	2.2 Personal	10	
3. Sonstige Zuwendungsvoraussetzungen	3.1 Öffentlichkeitsarbeit	5	15
	3.2 Selbstevaluation, Erfolgskontrolle und Qualitätsentwicklung	5	
	3.3 Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion	5	
4. Finanzierung	4.1 Gesamtfinanzierung	10	15
	4.2 Eigenanteil	5	

3. Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheids und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die Regelungen der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu § 44 der Bundeshaushaltsordnung einschließlich Nebenbestimmungen (ANBest-P Bund) in der jeweils geltenden Fassung. Die Publizitätspflichten des § 44a der Sächsischen Haushaltsordnung sind einzuhalten. Die Rechte des Sächsischen Rechnungshofes nach §§ 44 und 91 der Sächsischen Haushaltsordnung bleiben unberührt.

Dresden, den 7. Juni 2021

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Sebastian Vogel
Abteilungsleiter

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft über die dienstliche Beurteilung der Beamtinnen und Beamten im Geschäftsbereich des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft (Verwaltungsvorschrift des SMEKUL zur Sächsischen Beurteilungsverordnung – SächsBeurtVO-VwV-SMEKUL)

Vom 21. Mai 2021

Aufgrund von § 93 Absatz 3 Satz 3 des Sächsischen Beamtengesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970, 971), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 26. Februar 2021 (SächsGVBl. S. 318) geändert worden ist, wird zur Durchführung der Sächsischen Beurteilungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 2018 (SächsGVBl. S. 504) für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft Folgendes bestimmt:

1. Anwendungsbereich (zu § 1 der Sächsischen Beurteilungsverordnung)

Diese Verwaltungsvorschrift gilt für die Beamtinnen und Beamten des Freistaates Sachsen im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft.

2. Zuständigkeit (zu § 8 der Sächsischen Beurteilungsverordnung)

Die jeweiligen Behördenleiterinnen und Behördenleiter sind die zuständigen Beurteilerinnen und Beurteiler in ihren Behörden. Sie können die Zuständigkeit auf die Abteilungs-, Fachbereichs- beziehungsweise Geschäftsleiterinnen und -leiter und im Fall der Beurteilung von Beamtinnen und Beamten der Laufbahngruppe 1 und der Laufbahngruppe 2 erste Einstiegsebene auch auf Betriebs- und Forstbezirksleiterinnen und -leiter und vergleichbare Funktionsträgerinnen und -träger delegieren, soweit nicht die folgenden Festlegungen Anwendung finden.

a) Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft (SMEKUL):

- Die Amtschefin beziehungsweise der Amtschef ist zuständig für die Beurteilung der Referatsleiterinnen und Referatsleiter und aller Beamtinnen und Beamten der der Hausleitung unmittelbar zugeordneten Bereiche.
- Die jeweilige Abteilungsleiterin beziehungsweise der jeweilige Abteilungsleiter ist zuständig für die Beurteilung der übrigen Beamtinnen und Beamten der jeweiligen Abteilung.

b) Betriebsgesellschaft für Umwelt und Landwirtschaft (BfUL) und Sächsische Gestütsverwaltung (SGV):

- Die fachaufsichtsführende Abteilungsleiterin beziehungsweise der fachaufsichtsführende Abteilungs-

leiter des SMEKUL ist zuständig für die Beurteilung der Geschäftsführerin beziehungsweise des Geschäftsführers der SGV. Die Abteilungsleiterin 1 beziehungsweise der Abteilungsleiter 1 des SMEKUL ist zuständig für die Beurteilung der Geschäftsführerin beziehungsweise des Geschäftsführers der BfUL.

3. Vergleichsgruppen (zu § 4 Absatz 1 der Sächsischen Beurteilungsverordnung)

Der einheitliche Beurteilungsmaßstab ist an die Beurteilungen aller Beamtinnen und Beamten einer Vergleichsgruppe anzulegen. Die Vergleichsgruppen werden durch das jeweilige Personalreferat gebildet. Dabei sollen die Vergleichsgruppen vorrangig aus Beamtinnen und Beamten derselben Besoldungsgruppe innerhalb einer Laufbahngruppe und der jeweiligen Einstiegsebene gebildet werden. Bei Leiterinnen und Leitern von Abteilungen, Referaten, Geschäftsbereichen und Fachbereichen ist hilfsweise auch die Bildung einer Vergleichsgruppe auf Funktionsebene zulässig. Die Vergleichsgruppen sollen aus mindestens 15 zu beurteilenden Beamtinnen und Beamten gebildet werden. Es sind nur die Beamtinnen und Beamten in einer Vergleichsgruppe zu berücksichtigen, die an der Regelbeurteilung teilnehmen. Stehen weniger als 15 Beamtinnen und Beamte zur Verfügung, ist bei der Bildung der Gesamtnote eine Differenzierung anzustreben, die der Festlegung der Richtwerte möglichst entspricht.

4. Beurteilungskommission (zu § 4 Absatz 2 der Sächsischen Beurteilungsverordnung)

Die gemäß § 4 Absatz 2 der Sächsischen Beurteilungsverordnung jeweils zu bildende Beurteilungskommission setzt sich wie folgt zusammen:

a) Zusammensetzung im SMEKUL:

- die Amtschefin beziehungsweise der Amtschef als Vorsitzende oder Vorsitzender,
- die Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter sowie
- die Leiterin oder der Leiter des Personalreferates.

b) Zusammensetzung für die Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter des Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG) und des Staatsbetriebes Sachsenforst (SBS) sowie die Fachbereichsleiterinnen

und Fachbereichsleiter der LTV und die Geschäftsbereichsleiterinnen und Geschäftsbereichsleiter der BfUL:

- die Leiterin oder der Leiter des Personalreferates des SMEKUL als Vorsitzende oder Vorsitzender sowie
- die jeweilige Behördenleiterin oder der jeweilige Behördenleiter.

- c) Zusammensetzung für die übrigen Beamtinnen und Beamten der Laufbahngruppe 2 zweite Einstiegsebene des LfULG, des SBS, der LTV, der SGV und der BfUL:
- die Leiterin oder der Leiter des Personalreferates des SMEKUL als Vorsitzende oder Vorsitzender,
 - die jeweilige Behördenleiterin oder der jeweilige Behördenleiter und
 - soweit delegiert -
 - die jeweiligen Beurteilerinnen oder Beurteiler.

Die Leiterinnen und Leiter der nachgeordneten Behörden und Einrichtungen legen die Zusammensetzung der Beurteilungskommissionen bei Beurteilungen von Beamtinnen und Beamten der Laufbahngruppe 1 und Laufbahngruppe 2 erste Einstiegsebene in eigener Zuständigkeit fest. Für die Leiterin oder den Leiter des Personalreferates des SMEKUL oder eine Vertreterin oder einen Vertreter besteht ein Teilnahmerecht.

Aufgaben der Beurteilungskommission:

Die Beurteilungskommission wird von der Vorsitzenden oder vom Vorsitzenden einberufen. Sie wirkt auf die Einhaltung des einheitlichen Beurteilungsmaßstabes gemäß § 4 Absatz 1 der Sächsischen Beurteilungsverordnung hin. Erzielt die Beurteilungskommission keine Einigung, entscheidet die oder der Vorsitzende.

5. Beurteilungsübersichten (zu § 3 Absatz 1 der Sächsischen Beurteilungsverordnung)

Die zuständigen Beurteilerinnen und Beurteiler im nachgeordneten Bereich haben, gegebenenfalls über die jeweilige personalverwaltende Stelle, dem Personalreferat des SMEKUL spätestens zwei Wochen nach Ablauf des Beurteilungsstichtages Beurteilungsübersichten mit Vergleichsgruppen vorzulegen, aus denen sich die Beurteilten mit ihrem statusrechtlichen Amt und die Beurteilungsvorschläge (Gesamtbewertungen) ergeben. Nach Freigabe durch das Personalreferat des SMEKUL hat die Einberufung der Kommission unverzüglich zu erfolgen.

6. Beurteilungsentwürfe

Vor der Erstellung einer Beurteilung soll von der unmittelbaren Vorgesetzten oder vom unmittelbaren Vorgesetzten ein Beurteilungsentwurf eingeholt werden, sofern die zuständige Beurteilerin oder der zuständige Beurteiler nicht gleichzeitig unmittelbare Vorgesetzte oder unmittelbarer Vorgesetzter ist. Die Entwürfe werden nicht eröffnet. Nach Aufnahme der Beurteilung in die Personalakte sind Entwürfe und Notizen zu vernichten.

7. Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Unterzeichnung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verwaltungsvorschrift des SMUL zur Sächsischen Beurteilungsverordnung vom 13. Dezember 2010 (SächsABl. 2011 S. 10), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S 414), außer Kraft.

Dresden, den 21. Mai 2021

Der Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
Wolfram Günther

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen

Allgemeinverfügung Vollzug des Arzneimittelgesetzes und der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung Herstellen und Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „COVID-19 Vaccine Janssen“ durch Apotheken

Az.: 26-5151/6/20

Vom 4. Juni 2021

Die Landesdirektion Sachsen erlässt auf der Grundlage von § 4 Absatz 3 Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung vom 25. Mai 2020 (BANZ AT 26.05.2020 V1), die zuletzt durch Artikel 3a des Gesetzes vom 28. Mai 2021 (BGBl. I S. 1174) geändert worden ist, in Verbindung mit der Nutzen-Risiko-Bewertung der nach § 77 des Arzneimittelgesetzes zuständigen Behörde (hier: Paul-Ehrlich-Institut) vom 4. Juni 2021, mit der festgestellt worden ist, dass die Ausnahme von der Verpflichtung einer Herstellungserlaubnis nach § 13 des Arzneimittelgesetzes für den Arzneimittelgroßhandel und Apotheken für das Umverpacken des Arzneimittels „COVID-19 Vaccine Janssen“ zur Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit diesen Arzneimitteln erforderlich ist und die Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit der herzustellenden Arzneimittel gewährleistet sind, folgende

Allgemeinverfügung:

Den Apotheken im Freistaat Sachsen wird bis längstens 30. September 2021 das Abpacken, das Kennzeichnen sowie die Freigabe des Fertigarzneimittels „COVID-19 Vaccine Janssen“, jeweils auf Ebene der Sekundärverpackung, abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung gestattet.

Gemäß Nutzen-Risiko-Bewertung des Paul-Ehrlich-Instituts vom 04. Juni 2021 ist die Arbeitshilfe der Bundesapothekerkammer zur Qualitätssicherung Standardarbeitsanweisung „Umgang mit COVID-19 Vaccine Janssen in der Apotheke“ (Stand: 26. Mai 2021) und der „Begleitdokumentation COVID-19-Impfstoffe“ (Stand: 26. Mai 2021) einzuhalten.

Weiterhin wird das Inverkehrbringen dieses, auf Ebene der Sekundärverpackung abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung hergestellten Fertigarzneimittels „COVID-19 Vaccine Janssen“ durch Apotheken im Freistaat Sachsen bis längstens 30. September 2021 gestattet.

Diese Gestattung zum Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „COVID-19 Vaccine Janssen“ gilt auch, wenn die oben genannten Herstellungsschritte abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder §§ 3, 4, 11,

15, 16 und 17 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung nicht durch die Apotheken selbst, sondern durch Inhaber einer Erlaubnis nach § 52a des Arzneimittelgesetzes vorgenommen wurden, wenn diesen die Durchführung dieser Herstellungsschritte durch die jeweils zuständige Landesbehörde gestattet wurde.

Diese Allgemeinverfügung kann ganz oder teilweise jederzeit widerrufen werden.

Die sofortige Vollziehung dieser Allgemeinverfügung wird angeordnet.

Diese Allgemeinverfügung gilt mit ihrer Wiedergabe auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen als bekanntgegeben. Ein Abdruck nachrichtlich im Sächsischen Amtsblatt wird nachgeholt, sobald dies möglich und soweit die Allgemeinverfügung nicht durch Zeitablauf gegenstandslos geworden ist. Sie gilt ab dem 4. Juni 2021 und ersetzt die Allgemeinverfügung vom 23. April 2021.

Begründung:

Gemäß § 4 Absatz 3 der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung kann die für die Überwachung des Verkehrs mit Arzneimitteln nach § 64 des Arzneimittelgesetzes zuständige Behörde im Einzelfall das Inverkehrbringen von Arzneimitteln gestatten, die abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder abweichend von §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 oder §§ 22 bis 26 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung hergestellt wurden, wenn die nach § 77 des Arzneimittelgesetzes zuständige Bundesoberbehörde nach Vornahme einer Nutzen-Risiko-Bewertung feststellt, dass die jeweilige Ausnahme von den genannten Vorschriften zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln erforderlich ist und die Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit der herzustellenden Arzneimittel gewährleistet sind.

Eine solche Feststellung durch das Paul-Ehrlich-Institut als der zuständigen Bundesoberbehörde ist am 4. Juni 2021 erfolgt.

Die Landesdirektion Sachsen ist gemäß § 6 des Sächsischen Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 25. November 2003 (SächsGVBl. S. 899), das zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geän-

dert worden ist, in Verbindung mit § 2 Absatz 1 Nummer 1 der Verordnung Heilberufe und Pharmazie vom 21. März 2006 (SächsGVBl. S. 73, 74), die zuletzt durch Artikel 3 Absatz 5 der Verordnung vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, zuständige Behörde für den Vollzug des Arzneimittelgesetzes im Freistaat Sachsen und somit auch zuständig für den Erlass dieser Allgemeinverfügung.

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung hat ihren Rechtsgrund in § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung. Danach kann die Behörde im öffentlichen Interesse die sofortige Vollziehung anordnen. Damit entfällt die mit einem Rechtsbehelf eintretende aufschiebende Wirkung. Andernfalls hätte dies zur Folge, dass während des Rechtsbehelfsverfahrens das Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „COVID-19 Vaccine Janssen“ durch Apotheken nicht möglich wäre. Ohne eine flächendeckende und beschleunigte Impfung der Bevölkerung beständen erhebliche Gefahren für Leben und Gesundheit der Bevölkerung. Nach Abwägung überwiegt das öffentliche Interesse durch den Sofortvollzug, insbesondere um eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern.

Leipzig, den 4. Juni 2021

Landesdirektion Sachsen
Marion Reinhardt
Referatsleiterin Pharmazie, GMP-Inspektorat

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzstraße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/kontakt abrufbar.

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen

Allgemeinverfügung Vollzug des Arzneimittelgesetzes und der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung Herstellen und Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „COVID-19 Vaccine Janssen“ durch Inhaber einer Erlaubnis nach § 52a des Arzneimittelgesetzes

Az.: 26-5151/6/20

Vom 4. Juni 2021

Die Landesdirektion Sachsen erlässt auf der Grundlage von § 4 Absatz 3 der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung vom 25. Mai 2020 (BANZ AT 26.05.2020 V1), die zuletzt durch Artikel 3a des Gesetzes vom 28. Mai 2021 (BGBl. I S. 1174) geändert worden ist, in Verbindung mit der Nutzen-Risiko-Bewertung der nach § 77 des Arzneimittelgesetzes zuständigen Behörde (hier: Paul-Ehrlich-Institut) vom 4. Juni 2021, mit der festgestellt worden ist, dass die Ausnahme von der Verpflichtung einer Herstellungserlaubnis nach § 13 des Arzneimittelgesetzes für den Arzneimittelgroßhandel und Apotheken für das Umverpacken des Arzneimittels „COVID-19 Vaccine Janssen“ zur Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit diesen Arzneimitteln erforderlich ist und die Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit der herzustellenden Arzneimittel gewährleistet sind, folgende

Allgemeinverfügung:

Den folgenden Inhabern einer Erlaubnis nach § 52a des Arzneimittelgesetzes im Freistaat Sachsen

	Adresse
Alliance Healthcare Deutschland GmbH	Niederlassung Dresden Schutterwälder Straße 13 01458 Ottendorf-Okrilla
Alliance Healthcare Deutschland GmbH	Niederlassung Meerane Seiferitzer Allee 2 08393 Meerane
Alliance Healthcare Deutschland GmbH	Service Center Leipzig Fokkerstraße 8 04435 Schkeuditz OT Glesien
GEHE Pharma Handel GmbH	Grenzstraße 18 01109 Dresden
Noweda GmbH & Co. KG	Apothekerstraße 1 09661 Rossau
Noweda Pharma-Handels GmbH	Apothekerstraße 1 04425 Taucha
Phoenix Pharmahandel GmbH & Co. KG	Am Schenkberg 3 04349 Leipzig
Sanacorp Pharmahandel GmbH	Carl-von-Bach-Straße 12 09116 Chemnitz

wird bis längstens 30. September 2021 das Abpacken, das Kennzeichnen sowie die Freigabe des Fertigarzneimittels „COVID-19 Vaccine Janssen“, jeweils auf Ebene der Sekundärverpackung, abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung gestattet.

Gemäß Nutzen-Risiko-Bewertung des Paul-Ehrlich-Instituts vom 4. Juni 2021 ist die Prozessbeschreibung: Warenannahme, Lagerung, Kommissionierung von Teilmengen des COVID-19 Vaccine Janssen im Arzneimittelgroßhandel und bei der Auslieferung an Apotheken (Version 1.2, Stand: 26. Mai 2021) einzuhalten.

Weiterhin wird das Inverkehrbringen dieses Fertigarzneimittels „COVID-19 Vaccine Janssen“, das auf Ebene der Sekundärverpackung durch die oben genannten Erlaubnisinhaber nach § 52a des Arzneimittelgesetzes abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung hergestellt wurde, durch die oben genannten Erlaubnisinhaber nach § 52a des Arzneimittelgesetzes bis längstens 30. September 2021 gestattet. Dies gilt auch, wenn die oben genannten Herstellungsschritte abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung nicht in den oben genannten Betriebsstätten vorgenommen wurden, sondern durch andere Inhaber einer Erlaubnis nach § 52a des Arzneimittelgesetzes, wenn diesen die Durchführung der Herstellungsschritte durch die jeweils zuständige Landesbehörde gestattet wurde.

Diese Allgemeinverfügung kann ganz oder teilweise jederzeit widerrufen werden.

Die sofortige Vollziehung dieser Allgemeinverfügung wird angeordnet.

Sie gilt mit ihrer Wiedergabe auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen als bekanntgegeben. Ein Abdruck nachrichtlich im Sächsischen Amtsblatt wird nachgeholt, sobald dies möglich und soweit die Allgemeinverfügung nicht durch Zeitablauf gegenstandslos geworden ist. Sie gilt ab dem 4. Juni 2021 und ersetzt die Allgemeinverfügung vom 30. April 2021.

Begründung:

Gemäß § 4 Absatz 3 der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung kann die für die Überwachung des Verkehrs mit Arzneimitteln nach § 64 des Arzneimittelgesetzes zuständige Behörde im Einzelfall das Inverkehrbringen von Arzneimitteln gestatten, die abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder abweichend von §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 oder §§ 22 bis 26 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung hergestellt wurden, wenn die nach § 77 des Arzneimittelge-

setz zuständige Bundesoberbehörde nach Vornahme einer Nutzen-Risiko-Bewertung feststellt, dass die jeweilige Ausnahme von den genannten Vorschriften zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln erforderlich ist und die Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit der herzustellenden Arzneimittel gewährleistet sind.

Eine solche Feststellung durch das Paul-Ehrlich-Institut als der zuständigen Bundesoberbehörde ist am 4. Juni 2021 erfolgt.

Die Landesdirektion Sachsen ist gemäß § 6 des Sächsischen Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 25. November 2003 (SächsGVBl. S. 899), das zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in Verbindung mit § 2 Absatz 1 Nummer 1 der Verordnung Heilberufe und Pharmazie vom 21. März 2006 (SächsGVBl. S. 73, 74), die zuletzt durch Artikel 3 Absatz 5 der Verordnung vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, zuständige Behörde für den Vollzug des Arzneimittelgesetzes im Freistaat Sachsen und somit auch zuständig für den Erlass dieser Allgemeinverfügung.

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung hat ihren Rechtsgrund in § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung. Danach kann die Behörde im öffentlichen Interesse die sofortige Vollziehung anordnen. Damit entfällt die mit einem Rechtsbehelf eintretende aufschiebende Wirkung. Andernfalls hätte dies zur Folge, dass

während des Rechtsbehelfsverfahrens das Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „COVID-19 Vaccine Janssen“ durch die oben genannten Inhaber einer Erlaubnis nach § 52a des Arzneimittelgesetzes nicht möglich wäre. Ohne eine flächendeckende und beschleunigte Impfung der Bevölkerung beständen erhebliche Gefahren für Leben und Gesundheit der Bevölkerung. Nach Abwägung überwiegt das öffentliche Interesse durch den Sofortvollzug, insbesondere um eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden bei der Landesdirektion Sachsen, Alchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/kontakt abrufbar.

Leipzig, den 4. Juni 2021

Landesdirektion Sachsen
Marion Reinhardt
Referatsleiterin Pharmazie, GMP-Inspektorat

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
Genehmigungsverfahren zur wesentlichen Änderung
einer Anlage zur Oberflächenbehandlung
mit organischen Lösungsmitteln („Nasschemie“)
der Infineon Technologies Dresden GmbH & Co. KG
am Standort Dresden
– Auslegung des Antrags und der Unterlagen –**

Gz.: DD44-8431/2249

Vom 10. Juni 2021

Die Infineon Technologies Dresden GmbH & Co. KG, Königsbrücker Straße 180 in 01099 Dresden, beantragte mit Datum vom 8. September 2020, zuletzt aktualisiert am 6. April 2021, die Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2873) geändert worden ist, in Verbindung mit § 1 und den Nummern 5.1.1.1 und 9.3.1 des Anhangs 1 in Verbindung mit Anhang 2 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2017 (BGBl. I S. 1440), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 12. Januar 2021 (BGBl. I S. 69) geändert worden ist, die wesentliche Änderung einer Anlage zur Oberflächenbehandlung mit organischen Lösungsmitteln („Nasschemie“) durch Änderung des zugehörigen Gefahrstofflagers einschließlich der Errichtung und des Betriebes einer Mischanlage für Chemikalien zum Eigenverbrauch am Standort Königsbrücker Straße 180 in 01099 Dresden (Flst.-Nr. 641/20, 641/32 und 641/39 der Gemarkung Klotzsche).

Die Änderung beinhaltet die Errichtung und den Betrieb der Mischanlage und Änderungen am Gefahrstofflager, das Nebeneinrichtung der Anlage „Nasschemie“ ist. Die genehmigte Höhe des Lösungsmittelverbrauchs der Anlage Nasschemie im Sinne der Nr. 5.1.1.1 des Anhangs 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (Kapazitätsänderung) bleibt unverändert.

Die voraussichtliche Inbetriebnahme der geänderten Anlage soll im 2. Quartal 2022 erfolgen.

Für dieses Vorhaben wurde die Zulassung des vorzeitigen Beginns gemäß § 8a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für Errichtungsmaßnahmen der Anlage beantragt.

Das Vorhaben bedarf einer Genehmigung nach § 16 BImSchG und wird hiermit gemäß § 10 Absätze 3, 4 und 6 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in Verbindung mit §§ 8 bis 10a und 12 der Verordnung über das Genehmigungsverfahren in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 11. November 2020 (BGBl. I S. 2428) geändert worden ist, öffentlich bekannt gemacht.

Der Genehmigungsantrag und die von der Antragstellerin vorgelegten Unterlagen, mit Ausnahme der Unterlagen nach § 10 Absatz 2 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse), sowie die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die der Landesdirektion Sachsen im Zeitpunkt der Bekanntmachung vorliegen, liegen nach dieser Bekanntmachung einen Monat, vom

2. Juli 2021 bis einschließlich 2. August 2021

für jedermann zur Einsichtnahme:

1. Auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen:
<https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung>,
2. in der Dienststelle Dresden der Landesdirektion Sachsen, Stauffenbergallee 2 in 01099 Dresden, Referat Immissionsschutz:

Zimmer 4079

montags bis donnerstags von 7:30 Uhr bis 16:00 Uhr
und freitags von 7:30 Uhr bis 13:00 Uhr.

sowie

3. im Stadtbezirksamt Dresden-Klotzsche der Landeshauptstadt Dresden, Rathaus Kieler Straße 52 in 01109 Dresden:

Zimmer 210

montags von 9:00 Uhr bis 16:00 Uhr,
dienstags und donnerstags
von 09:00 Uhr bis 18:00 Uhr
und freitags von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr

aus.

Bitte beachten Sie die veränderten Regelungen im Besucherverkehr der Landesdirektion Sachsen im Zusammenhang mit dem Corona-Virus (https://www.lids.sachsen.de/?ID=16284&art_param=941). Eine Terminvereinbarung wird deshalb empfohlen. In begründeten Fällen können die ausgelegten Unterlagen durch postalische Versendung von der Landesdirektion Sachsen zur Verfügung gestellt werden.

Weitere Informationen, die für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens von Bedeutung sein können und die der Landesdirektion Sachsen erst nach Beginn der Auslegung vorliegen, werden der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen über den Zugang zu Umweltinformationen zugänglich gemacht.

Einwendungen gegen das Vorhaben können

bis einschließlich 3. September 2021

schriftlich bei der Landesdirektion Sachsen und dem Stadtbezirksamt Dresden-Klotzsche unter den vorgenannten Adressen oder elektronisch unter post@lds.sachsen.de vorgebracht werden. Es gilt jeweils das Eingangsdatum.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind für das Genehmigungsverfahren alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Das gilt nicht für ein sich anschließendes Widerspruchs- und Klageverfahren.

Die Einwendungen müssen leserlich neben dem Vor- und Familiennamen auch die volle Anschrift des Einwenders tragen. Unleserliche Namen oder Anschriften werden bei gleichförmigen Einwendungen unberücksichtigt gelassen.

Einwendungen, die von mehr als 50 Personen entweder auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Einwendungen), müssen einen Unterzeichner mit seinem Vor- und Familiennamen, seinem Beruf und seiner Anschrift als gemeinsamen Vertreter der übrigen Unterzeichner bezeichnen. Gleichförmige Einwendungen, die diese Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten, werden ebenfalls nicht berücksichtigt.

Darüber hinaus können auch nur solche Einwendungen berücksichtigt werden, die konkret angeben, welche Beeinträchtigungen befürchtet werden. Die Einwendungsschreiben werden der Antragstellerin zwecks Stellungnahme zur Kenntnis gegeben. Die Behörde soll auf Verlangen des Einwenders dessen Namen und Anschrift vor der Bekanntgabe an die Antragstellerin unkenntlich machen, wenn diese Angaben zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist entscheidet die Landesdirektion Sachsen als Genehmigungsbehörde nach pflichtgemäßem Ermessen über die Durchführung eines Erörterungstermins.

Für den Fall, dass die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen zu erörtern sind, wird der öffentliche Erörterungstermin hiermit für den

7. Oktober 2021 ab 10:00 Uhr (Einlass ab 9:45 Uhr)

im Bürgersaal (1. Etage) des Stadtbezirksamtes Dresden-Klotzsche, 01109 Dresden, Kieler Straße 52, bestimmt.

Einwendungen, die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, werden im Erörterungstermin nicht behandelt.

Zu diesem Termin sind die Personen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben, eingeladen. Der Erörterungstermin ist öffentlich. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass die erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben von Vertretern der Antragstellerin oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden. Zum Erörterungstermin erfolgt keine gesonderte Einladung. Der Erörterungstermin wird beendet, wenn dessen Zweck erreicht ist.

Im Falle einer Absage oder Verlegung des Erörterungstermins aufgrund einer behördlichen Entscheidung oder auch im Hinblick auf eine mögliche Online-Konsultation nach § 5 Absatz 2 des Planungssicherstellungsgesetzes vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 353) geändert worden ist, erfolgt eine öffentliche Bekanntmachung.

Der Erörterungstermin entfällt, wenn keine form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen vorliegen.

Die Entscheidung über den Antrag wird öffentlich bekannt gemacht. Die Zustellung der Entscheidung über den Genehmigungsantrag an die Personen, die Einwendungen erhoben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Diese Bekanntmachung ist vom 14. Juni 2020 bis einschließlich zum 2. August 2021 auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen: <https://www.lds.sachsen.de/bekanntmachung> einsehbar.

Dresden, den 10. Juni 2021

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Lingnerallee 3
01069 Dresden
Telefon: 0351 485260
Telefax: 0351 4852661
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Rechtsanwalt Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

17. Juni 2021

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 209,89 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 42,03 Euro Postversand) bzw. 114,97 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 8,03 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 